

# **Landespolitisches Programm der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) Hessen, beschlossen am 29. Juni 2013 auf der Landesversammlung in Marburg**

**Jetzt mehr wirklich Zeit füreinander nehmen und  
umfassend und uneingeschränkt das Leben  
bewahren**

## **Leben mit Zukunft**

Wir setzen uns dafür ein, dass von nun an eine Politik angewendet wird, durch die wir Menschen uns mehr Zeit nehmen können für Familie, Freundinnen und Freunde, Ehrenamt - aber auch jeweils für uns selber. Eben so und ebenso setzen wir uns dafür ein, dass nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft erwartet und auch die Tiere und Pflanzen artgerecht, qualitativ und natürlich leben. Erforderlich ist also eine Politik, in der die Wirtschaft so organisiert ist, daß die Bedürfnisse der Menschen mit wesentlich geringerem Verbrauch ihrer Mitwelt und einem deutlich niedrigeren Ausmaß an Erwerbsarbeit Zufriedenheit erlangen; das geht, und zwar trotz eines technischen Fortschritts, jedoch auch ohne Wirtschaftswachstum! Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger aufklären, damit sie eigenverantwortlich nachhaltige Konsumententscheidungen treffen können, aber auch mit aufkommensneutralen Abgaben und Steuern mehr Nachhaltigkeit erreichen (demgemäß würde Schädliches [z.B. konventionelle Ware] teurer, Nützliches [z.B. Bioware] im selben Umfang dagegen billiger). Wir setzen auch in der Sozialpolitik auf mehr Eigenverantwortlichkeit (z.B. durch ein Erziehungsgehalt von mindestens 1000 Euro monatlich, mit dem die Eltern über die Erziehungsart ihrer Kinder selbst entscheiden können). Mit einer Ausdehnung des ÖPNV-Semestertickets auf die gesamte Bevölkerung wollen wir das

Auto überflüssig machen. Das ist nicht nur gut für die Umwelt sondern spart pro Person, die bisher ein Auto besitzt, mindestens ca. 500 Euro monatlich ein. Entsprechend könnten diese Bürgerinnen und Bürger ihre bisherige Arbeitszeit verkürzen und sie hätten mehr Zeit. Die Wirtschaft wird über eine Abgabe für Forschung und Bildung herangezogen, die so bemessen ist, dass gleichzeitig Teilzeit gefördert wird. Wir wollen freie Schulwahl, da jedes Kind unterschiedlich ist. Schwarzgelb und rotgrün hingegen setzen oft auf Verschleierung (z.B. gibt es für mit einem Siegel "Bio" etikettierte Kleidung oft noch kein echtes Ökosiegel) und setzen zunehmend auf Fremdbetreuung von Kindern (= die Eltern stehen, ohne dass sie dem zustimmen, der Wirtschaft nahezu unbegrenzt zur Verfügung). Die genannten Parteien sind auf Teile der Wirtschaft angewiesen, indem sie deren Firmenspenden annehmen und ihre Parlamentarier/innen oft bezahlte Aufsichtsratsmandate ausüben. Im Folgenden zeigen wir detailliert auf, wie wir die notwendige Wende zugunsten der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und dem Schutz der Natur bewerkstelligen wollen. Wir setzen uns für den Erhalt der Lebensgrundlagen, für ein nachhaltiges Wirtschaften und eine Stärkung der Gemeinschaft ein.

## Inhaltsverzeichnis

1. *Unseren Lebensraum erhalten, indem der immense Flächenverbrauch gestoppt wird*
2. *Naturschutz in Hessen stärken*
3. *Für eine echte ökologische und konsequente Wende der Verkehrspolitik in Hessen*
  - 3.1. *Verkehrsvermeidung – Ja zum Laden um die Ecke, fußgänger- und fahrradfahrerfreundliche Politik*
  - 3.2. *Ja zum Recht auf leistungsstarke ÖPNV-Anbindung, Freifahrt für alle à la Semesterticket*
  - 3.3. *Nein zum weiteren Fernstraßenbau*
  - 3.4. *Flughafen: Nordwestlandebahn zurückbauen*
4. *Energiesparen und erneuerbare Energien stärker fördern, umweltschädliche Methoden verbieten*
5. *Tierschutz und Tierrechte*
  - 5.1. *Haus-, Zoo- und Zirkustiere*
  - 5.2. *Nutztiere*
6. *Landwirtschaft & Forsten – Ernährung - naturnah und regional*
  - 6.1. *aus dem Wald*
  - 6.2. *vom Acker*
  - 6.3. *aus Obst- und Gartenbau*
7. *Statt Synthetik-Müll - Bekleidung aus Naturprodukten fördern*
8. *Gesundheit*
  - 8.1. *Nichtraucherschutz*
  - 8.2. *Mobilfunk*
  - 8.3. *Gentechnik*
9. *Kreislaufwirtschaft*
10. *Kultur und Tourismus: Hessen ein blühendes Waldland*
11. *Familienfreundliche Politik: Einführung eines Erziehungs- und Pflegegehaltes*
12. *Schutz der Ungeborenen – Lebensrecht und Lebenshilfe, bessere Unterstützung für alle schwangeren Frauen*
13. *Bildungspolitik, wichtigste Investition in unsere Zukunft*
  - 13.1. *Schule- wertorientierte Bildung und freie Schulwahl*
  - 13.2. *Hochschule*

14. Mehr Demokratie zulassen und die Bürgerbeteiligung *stärken und fördern*
15. Arbeitszeit verkürzen - verkrustete Strukturen aufbrechen
16. Einfach leben können - ohne viel Geld
17. Innere Sicherheit- *damit wir alle sicher leben können*
18. Nein zur Gewalt in den Medien
19. Wirtschaft - *ökonomische Nachhaltigkeit*
20. Schuldenfreie Zukunft

## **1. Unseren Lebensraum erhalten, indem der immense Flächenverbrauch gestoppt wird**

Wir *setzen uns dafür ein*, dass unser Lebensraum erhalten und qualitativ aufgewertet wird. *Hierzu* streben wir ein Stopp des *enormen* Flächenverbrauchs und eine umwelt- und sozialverträgliche Politik *an*. Täglich *verliert unser Land ca.* 10 ha an natürlicher Fläche, weil sie für Bauvorhaben verbraucht werden. Für über 1/3 davon ist der Autoverkehr verantwortlich. Der Flächenverbrauch bewirkt auch regionale und globale Klimaänderungen und führt über schnelleren Abfluss zu mehr Hochwasser bei Regenwetter und trocken fallenden Flüssen bei Dürre. *Zudem führt er dazu, dass unseren Tieren und Pflanzen immer mehr Lebensraum dauerhaft geraubt wird.* Der Flächenverbrauch ist problematisch; ihm ist daher *konsequent* entgegenzuwirken. Für Bauvorhaben sind vorrangig bereits freie bebaute Flächen oder innerstädtische Brachen zu nutzen. Dazu kann an ein Zertifikatssystem gedacht werden, welches analog zum Handel mit Emissionen funktionieren könnte, so dass rechnerisch betrachtet für jede verbrauchte Fläche eine neue gleichgroße renaturiert wird.

## **2. Naturschutz in Hessen stärken**

Eine intakte Natur ist elementar für eine gute und gesunde Lebensqualität unserer Bevölkerung. Naturschutz ist daher *von zentraler* Bedeutung und konsequent einzufordern:

Es sind mehr Flächen als bisher unter strengere Naturschutzkategorien zu stellen. Mindestens 10 % der Fläche Hessens sind als ausgesprochene Vorranggebiete für die Natur auszuweisen, denn Tiere und Pflanzen haben ihren eigenen Wert auch unabhängig von uns.

Verstärkte Beteiligung der Naturschutzverbände bei geplanten Eingriffen.

Schaffung von ausreichend großen Naturwaldzellen zu jeder in Hessen vorkommenden natürlichen Vegetation.

### **3. Für eine echte ökologische und konsequente Wende der Verkehrspolitik *in Hessen***

#### **3.1. Verkehrsmeidung – Ja zum Laden um die Ecke, fußgänger- und fahrradfahrerfreundliche Politik**

Außer dem Flächenverbrauch ist ein Problem des Verkehrs auch die hohe Zahl an Unfallopfern. Hinzukommt der auch in Hessen viel zu hohe verkehrsbedingte Ausstoß klimawirksamer Gase (im wesentlichen CO<sub>2</sub>) und der Ausstoß von Feinstaub und Stickoxiden. *Der Verkehr ist auch mitverantwortlich für die zunehmenden und krankmachenden Lärmimmissionen.*

Hinsichtlich der Unfallgefahr und auch der Umweltverträglichkeit sind Zu-Fuß-gehen, das Fahrrad und der ÖPNV die mit Abstand günstigsten Varianten. Dazu kommt, dass es etwa einem Viertel der Bevölkerung (Kinder, Jugendliche und viele Behinderte) nicht möglich ist, Auto zu fahren. *Außerdem lassen sich pro Person mehrere Hundert Euro pro Monat einsparen, wenn man das Auto überflüssig macht. Diese Kostenersparnis bedeutet: Mehr freie Zeit infolge möglicher Arbeitszeitverkürzung.*

Eine gute Verkehrspolitik bedingt also: eine verkehrsvermeidende Politik, die Zersiedelung vorbeugt und Lebensqualität vor Ort schafft.

Aufstellung eines Landesentwicklungsplans, der Verkehrsvermeidung zur Vorschrift macht (so dass man z.B. fußläufig und mit dem Fahrrad einkaufen und andere Besorgungen des täglichen Bedarfs erledigen kann) und die Ansiedlung von Gewerbe und Wohnraum ohne vernünftigen

ÖPNV-Anschluss sowie Fuß-/Fahrraderreichbarkeit untersagt. Dies darf aber nicht dazu führen, dass aufgrund dieser Regelung bei neuen Gewerbeansiedlungen einfach nur eine Buslinie eingeführt wird. Der Standort neuer Gewerbeflächen gehört auf den Prüfstand.

Ja auch zu autofreien Wohngebieten und großflächiger Verkehrsberuhigung.

Das ist zunächst einmal nahezu kostenlos erhältlich.

Zur Verkehrsvermeidung ist dezentrale Konzentration geboten; Stadt- und Dorfkerne sind zu fördern, während Neubauten auf der Grünen Wiese grundsätzlich abzulehnen sind.

Ein Verleih von Fahrrädern, auch von führerscheinfreien Elektrorädern (Pedelecs), wird aufgebaut.

Diese Dezentralität mit ihren jeweils überschaubaren Strukturen führt zu mehr echtem Miteinander, deshalb auch vergleichsweise zu weniger Anonymität.

Die Regelungen des Verkehrs in Hessen sind zugunsten von Fußgängern, Radfahrern, ÖPNV abzuändern, z.B.

Vorrangschaltungen für Busse und Straßenbahnen an den Ampeln flächendeckend einzuführen (was über geringere Umlaufzeiten der Fahrzeuge sogar Geld im Endeffekt spart).

Außerdem sind für die Verkehrslärmbekämpfung (z.B. Bahnlärm im Rheintal) mehr Mittel bereitzustellen.

### **3.2. Ja zum Recht auf leistungsstarke ÖPNV-Anbindung, Freifahrt für alle à la Semesterticket**

Auf dem Land ist als Mindesttakt der Halbstundentakt von morgens früh bis in die Nacht, auch am Wochenende und Feiertagen, einzuführen, um das Umsteigen vom Auto auch dort zumutbar zu machen. Das geht, denn bereits in einem 400 Einwohnerdorf gibt es bei 2 Fahrten täglich pro Person ein Fahrgastpotential von 10 Fahrgästen pro Bus. In den Verdichtungsräumen ist ein noch wesentlich dichter Taktverkehr nötig: Für die Bewältigung der Verkehrsströme werden einerseits bisherige Bus- und Bahnlinien häufiger fahren, aber auch zahlreiche neue Direktverbindungen mit deutlich kürzeren Fahrzeiten angeboten, damit sich möglichst kurze Reisezeiten ergeben. Hierzu gehören in Randgebieten von

Zentren auch Querverbindungen, damit man nicht erst in die Stadt rein muss, um dann wieder raus zu fahren. Das bewirkt ein flexibles Verkehrsmittelangebot für die Bevölkerung. Dabei sind die Busgrößen (z.B. Midibus oder auch Microbusse) bedarfsabhängiger auszuwählen, um kraftstoff- (damit ökoineffiziente) und geldfressende Busfahrten mit nur sehr wenigen Fahrgästen zu verringern.

Auch Rufbusse bzw. Ruftaxisysteme haben ihre Berechtigung, besonders im ländlichen Raum oder zu Schwachlastzeiten. Kapazitäten für bessere Bustakte werden frei, indem durch zeitversetzte Schulbeginne benachbarter Schulen Busparallelfahrten abgebaut werden können. Dies spart überdies einige Busfahrzeuge ein, die nur für Schulzwecke gekauft wurden.

Der ÖPNV soll im Vergleich zum Auto das Verkehrsmittel der Wahl sein und muss deshalb finanziell gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Hessen seine individuelle Nutzung kostenlos ermöglicht wird. Zu finanzieren ist diese Maßnahme durch eine Umlage ähnlich dem des studentischen Semestertickets der Uni Frankfurt (zahlungspflichtig: alle Nichtbehinderten ab 18 Jahre). Inbegriffen sind die IC/EC-Strecken.

Die Kontrolleure/Kontrolleurinnen werden zu Busfahrern/Busfahrerinnen und Lok- („Triebzug“- )führern/Lokführerinnen umgeschult, vom Erlös der Nahverkehrsautomaten Busse und Züge gekauft, anstelle von z. B. Straßenplanern treten Schienenstreckenplaner und Fahrplanbauerinnen.

Der Freifahrtbereich umfasst auch große Teile der angrenzenden Bundesländer, da deren Leute hier de facto Freifahrt haben. Der genaue Bereich ist dann hierbei Verhandlungssache mit den angrenzenden Bundesländern. *Wir fordern auch den* technischen Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs (z.B. Ausweichgleise und Weichen für Erlangung einer höheren Streckenkapazität, Bau der Regionaltangente West, Einbindung der Eisenbahn in die Innenstädte z.B. von Wiesbaden (Hbf.-Landtag), Darmstadt (Hbf.-Langer Ludwig-Lichtwiese)) und ab Rhein auf Kosten des Landes Rheinland-Pfalz nach Mainz (Kastel-Große Bleiche-Alicenplatz (=Hbf.)-Universität-FH), aber auch so einfache Dinge wie Haltestellenüberdachungen gegen Regenwetter usw.),

Busspurenbau (bzw. -auszeichnung), der Beschaffung und Instandhaltung des Fuhrparks (z.B. neue, energiesparendere Triebzüge und Niederflurbusse),  
 Aufbau eines gut funktionierenden Fuß- und Radwegenetzes (einschl. Bike-and-Ride-Plätze).  
 Bildung von interkommunalen Buspools, um die Zahl vorgehaltener Reservebusse verringern zu können. Das spart Geld.  
 Förderung der Kommunen bei der Einführung von *Lieferservicediensten* zur Verringerung des PKW-Verkehrs, Zweck: Lieferung von Waren aller Geschäfte (ab einem gewissen Warenwert oder Gewicht oder Sperrigkeit) der näheren Umgebung an die Bürger.  
 Umstellung des gesamten ÖPNV-Fuhrparks auf Niederflur (bei gleichzeitiger Anlage von Hochbordgehsteigen an den Haltestellen), so dass auch Rollstühle, Kinderwagen, Einkaufswagen gut transportiert werden können.  
 Zur Abdeckung restlicher Mobilitätswünsche wird der Aufbau eines Car-Sharing-Systems gefördert.

### **3.3. Nein zum weiteren Fernstraßenbau**

Der Fernstraßenneu- und ausbau wird beendet. Der Bau von Ortsumgehungen wird zur Ausnahme werden, bestehende Bauprojekte müssen kritisch überprüft werden, weil der massenhafte Umstieg vom Auto auf die Bahn neue Straßen in der Regel überflüssig machen wird. Vielmehr können einzelne Strecken zurückgebaut werden (z.B. B455 alt westlich Oberursel) oder 3-spurige zu 2-spurigen Autobahnen werden, z. T. auch Umwandlung in Eisenbahntrassen (z.B. 1 Spur von Teilen der A66 für eine schnellere Bahnanbindung Frankfurts an Wiesbaden).

Einführung einer Pkw- City-Maut für die größeren Städte unter Einbezug der Standorte auf der Grünen Wiese, um Abwandern der Einkaufenden dahin zu vermeiden. Zweckgebunden für den Verkehr (Instandhaltung des Straßennetzes, weitere ÖPNV-Fahrleistungen für die zahlreichen Umsteiger auf den ÖPNV, z.B. auch Gelenkbusse von Eschborn Gewerbegebiet über die

Autobahn- Frankfurt Hbf. zur Zeil, um die auch bei jeweils 15 Min.-Takt von S3 und S4 ab Eschborn Süd zu vollen S-Bahnen zu entlasten und um einen teuren Zusatztunnel in der Frankfurter Innenstadt finanziell herumzukommen).

Es sind verstärkt Tempolimits einzuführen: Tempo 30 innerorts, nur auf ausgewählten Hauptstraßen 50. Auf den Autobahnen Tempo 120, soweit nicht z.B. Lärmschutz oder Unfallsicherheit strengere Werte erfordern.

### **3.4. Flughafen: Nordwestlandebahn zurückbauen**

Es ist eine europaweite Kerosinsteuer (Flugbenzinsteuer) in Höhe der Mineralöl- (bzw. Primärenergie)steuer einzuführen. Dadurch bauen wir eine ökologisch sinnlose Subventionierung des Flugverkehrs ab. Dies allein wird bereits die Expansion des Flugverkehrs verhindern.

Der innereuropäische Flugverkehr ist auf umweltfreundlichere Schnellst-Züge zu verlagern. Kurzfristig ist dies für innerdeutsche Flüge mit den vorhandenen Bahnstrecken bereits jetzt umsetzbar.

Wir fordern den Rückbau der Nordwestlandebahn des Frankfurter Flughafens- auch aufgrund der nicht mehr vertretbaren Lärmbelästigung der Flughafenanwohner. Ebenso kein Aus- oder Neubau weiterer hessischer Flughäfen und Flugplätze. Langfristig betrachtet erscheint es durch unsere Maßnahmen möglich, zusätzlich sogar die Startbahn West zu renaturieren.

Ein *generelles* Nachtstart- und -landeverbot von 22-6 Uhr ist einzuführen, ebenso der im Mediationsverfahren geforderte Lärmtaler zur Bevorzugung leiserer Maschinen. Strenge Lärmgrenzwerte müssen einklagbar werden. Die Start- und Landegebühren sind hessenweit nach ökologischen Aspekten zu differenzieren.

## **4. Energiesparen und erneuerbare Energien stärker fördern, umweltschädliche Methoden verbieten**

Ziel ist eine rohstoff- und energiesparende Kreislaufwirtschaft durch umfangreiche Energiesparmaßnahmen und effiziente Energienutzung durch technische und bauliche Maßnahmen, z.B. Nutzung von Abwärmepotentialen und Wärmedämmung. *Wir fordern:* Zusätzliche Förderungen im Bereich erneuerbare Energieversorgung, z.B. kostendeckende Solarstromvergütung und Solarthermieförderung. Im ausreichenden Abstand zu Natur- (besonders Vogel)-schutzgebieten und Wohngebieten ist der Bau von Windkraftanlagen zu forcieren (Vorbild: Vogelsberg). Dabei sind jedoch die Bürgerinnen und Bürger und Naturschutzverbände umfassend an den Planungen zu beteiligen, da die heutigen Windanlagen inzwischen Nabenhöhen von z.T. 150 m Höhe aufweisen, was größere ökologische Eingriffe als früher bedeutet.

Auch die Wasserkraftnutzung ist im Rahmen der Umweltverträglichkeit mehr zu fördern, alte Mühlen zu modernisieren, Kostenübernahme für Fischtreppe u.ä. Einrichtungen (auch alte Anlagen) durch das Land.

Prüfung der vom Land Hessen geplanten und bereits in Auftrag gegebenen Neubauten zwecks Realisierbarkeit von Photovoltaikanlagen. Falls keine Finanzierung durch das Land möglich ist, sind Bürgerbeteiligungen anzustreben. Prüfung, ob das Land Hessen gemeinsam mit Gewerbetreibenden, die im Besitz geeigneter Gebäude sind, das Aufstellen entsprechender Photovoltaik-Anlagen vereinbart werden kann.

Die öffentliche Hand hat Energiekonzepte zu erarbeiten, jährliche Energieberichte vorzulegen und Energieberatung für die Kommunen durchzuführen sowie Energiebeauftragte einzustellen. Dabei ist auch auf Möglichkeiten des Green IT, also z.B. des Energiesparens im IT-Sektor, verstärkt hinzuwirken.

Kommunalisierung der Energieversorgung statt langfristiger Verträge mit meist weniger ökologisch orientierten großen Energieversorgungsunternehmen.

*Fracking wird in Hessen nicht erlaubt. Es ist eine äußerst umweltschädigende Methode Schiefergas zu fördern. Es ist ein äußerst harter Eingriff in die Natur. Um Gas zu fördern werden Millionen Liter Chemikalien in den tiefen Untergrund gepresst. Die Folgen und Umweltschäden für unsere Natur sind nicht absehbar.*

Die Grundgebühr beim Strompreis wird abgeschafft. Der Preis pro kWh darf mit zunehmendem Verbrauch pro Person nicht abnehmen. Damit wird für sparsame Haushalte die Energiewende wieder finanzierbar und der Anreiz zum Stromsparen steigt.

Keine Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Biblis, generell: keine Energiegewinnung durch Atomkraft. Die hessischen Gesteinsformationen sind noch schlechter für die Endlagerung geeignet als die norddeutschen Salzstöcke (die auch unsicher sind). Daher bezweifeln wir den Sinn eines Endlagers in Hessen. Es darf sich dem laufenden Findungsprozess aber kein Bundesland entziehen.

Biogasanlagen sind aufgrund der hohen Gefahr von austretendem Methan (schädlicher als CO<sub>2</sub>) regelmäßig auf ihre Dichtheit zu untersuchen.

## **5. Tierschutz und Tierrechte**

*Das Ziel möglichst hoher Lebensqualität gilt nicht nur für Menschen sondern auch für Tiere, unsere Mitgeschöpfe. Im Kampf gegen die fortschreitende Ausbreitung und Zerstörung von Natur tritt die ÖDP natürlich auch gegen Quälerei und Missbrauch von Tieren ein. Das in seiner Leidensfähigkeit dem Menschen nahestehende Tier hat ein Recht auf artgerechte Haltung ohne Quälerei. Wenn dadurch Fleisch teurer würde und der Fleischkonsum zurückginge, so würde das nicht nur dem*

*Tierschutz, sondern auch der menschlichen Gesundheit dienen. Beschränkung der Tiernutzung auf naturnahe Wirtschaftsweisen bedeutet auch mehr Klima- und Umweltschutz. Konzentration der Tierhaltung auf Regionen, in denen für uns verwertbare pflanzliche Nahrung schlecht oder gar nicht gedeiht, trägt zur Bekämpfung des Welthungers bei.*

## **5.1. Haustiere**

*Die Tierheime werden vom Land finanziell ausreichend ausgestattet und unterhalten.*

Außerdem wird in Seniorenheimen die Mitnahme von pflegeleichten Haustieren (Vogel, Fische, ...) erlaubt.

Beschränkung von gewerbemäßiger Haustierzucht - und Handel durch ein Tierzuchtgesetz, um nicht mehr Haustiere anzubieten als es Nachfrage gibt.

Das Aussetzen von Tieren wird schärfer verfolgt als bisher.

*Wildtierzirkus wird verboten.*

*Auch in Zoos muss der Lebensraum für Wildtiere ausreichend groß und dem Tier gerecht gestaltet sein.*

*Abschaffung der Hundesteuer und generelles Verbot jedweder Tiersteuer. Für Belastungen der Allgemeinheit – hervorgebracht durch uneinsichtige Tierhalter/innen, weil wegen unbenutzter Hundeleine z.B. Hundekot oder Bißwunden – haftet der/die nicht verantwortungsbewusste Tierhalter/Tierhalterin. Außerdem sollte die Haltung von Haustieren nicht verteuert werden, da diese oft eine emotional und sozial positive Wirkung auf ihre Halter/Halterinnen haben.*

*Haustiere dürfen nicht mehr wie eine „Ware“ verkauft werden. So wird ein generelles Verbot von lebenden Tieren in Zoogeschäften eingeführt.*

## **5.2. Nutztiere**

*Konkretisierung von scheinbar „vernünftigen“ und anscheinend erlaubten Gründen für die Tötung von Tieren. Dazu zählen insbesondere: Ernährung jener Menschen mit tierischem Fleisch, die für ihr Recht einstehen, diese Form der Ernährung zu brauchen, Krankheitsbekämpfung und Sicherstellung des Ökologischen Gleichgewichts. Diese kontrovers angesehenen Tötungen gebieten aber wenigstens die Vermeidung von Verschwendung dahingehend, dass die übrigen Teile des Tieres verwendet werden können sollten, z.B. für Kleidung.*

*Tierhaltung, Tierzucht und Tierhandel sind verstärkt zu kontrollieren. Tierquälerei ist schärfer zu ahnden und zu verfolgen. Die Tötungsmethoden sind, insoweit in Zukunft weiterhin aus soeben genannten Gründen erwünscht, unter dem Aspekt des Tierschutzes zu verbessern (Vorbild: Schweisfurth/Herrmannsdorfer Landwerkstätten). Keine Subventionen mehr für Intensivtierhaltung – diese ist vielmehr zu verbieten.*

*Förderung der tierversuchsfreien Prüfmethode  
Tierversuche sind generell zu verbieten, weil die Übertragbarkeit auf den Menschen schlecht gewährleistet ist.*

*Keine Tiertransporte mehr über 8 Stunden und nur dann, wenn die Tiere unter Veterinäraufsicht stehen und sie beim Transport ausreichend Platz, Pflege und Betreuung erhalten.*

*Einführung mehrerer Tierschutzbeauftragter, die Kontroll- und Klagerechte erhalten und den Tieren als Wächter/innen dienen sowie Verbesserungsvorschläge zum Schutz der Tiere ausarbeiten, die der Regierung und der Öffentlichkeit vorgelegt werden.*

## **6. Landwirtschaft & Forsten – Ernährung**

### **6.1. Aus dem Wald**

Hessen ist Spitzenreiter beim Waldanteil. Der Anteil muss mindestens so hoch bleiben, da der Wald fast überall die natürliche Vegetation darstellen würde. Für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft, gesunde Ernährung und Bekleidung (mit wesentlich geringerem Anteil umweltschädlicher Transporte über Tausende Kilometer) sind wir auf jeden Landwirt/Landwirtin und Gartennutzer/in und den Wald angewiesen. Im Wald sind nur noch standortgerechte Baumarten anzupflanzen (darunter aber- bevorzugt an südexponierten, lichtdurchfluteten Waldrändern - auch Flaumeichen (die mit dem zukünftig wärmeren Klima besser zurecht kommen) und mehr robuste Obst-Arten wie Wildkirsche, Apfel- und Birnenhochstamm, Esskastanie, echte Mandel, Hasel- und Walnuss für die Ernährung der Bevölkerung, jede/r darf diese ernten/lesen (Vorbild: Kronberger Kastanienwald). Ebenso muss das Recht, Wald und Flur wegfrei betreten zu dürfen, erhalten bleiben (Ausnahme: besondere Naturschutzgebiete). Naturverjüngung muss –soweit möglich- Vorrang erhalten. Das Prinzip naturnaher Forstwirtschaft muss allgemeingültig werden (Mindeststandard: FSC-Siegel). Wald und Flur benötigen ein besseres Wildlife-Management: Wildfleisch stellt die naturnächste und daher allgemein aus menschlicher Sicht die tiergerechteste Fleischversorgungsart dar und erleichtert so den Ausstieg aus der Massentierhaltung. Dennoch kann es teilweise erforderlich sein, die winterliche Wildfütterung einzuschränken oder gar zu beenden, um so den Wildbestand zu reduzieren, wenn die Schältschäden an den Bäumen trotz Einzäunung von Jungbäumen sonst überhand nehmen oder die Kraut- und Strauchschicht zu sehr leidet. Im Zweifel gilt hier: Wald vor Wild.

## **6.2. Vom Acker**

Verbot chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel, deren Umweltverträglichkeit nicht eindeutig nachgewiesen ist.

Schärfere Lebensmittelkontrollen. Gesunde Lebensmittel und eine gesündere Natur sind die Folgen. Die Manipulation von Genen und die Freisetzung von genveränderten Organismen stellt überall ein nicht zu verantwortendes Risiko dar. Die vielfältigen Risiken für Imker, biologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte sowie Wildpflanzen und Wildtiere sind besonders hoch. Hessen muss sich auch gegenüber den „Gen-Lobbyisten und der EU für gentechnikfreie Pflanzen und Saatgut einsetzen.

Förderung der regionalen Vermarktung.

Ersatz der Sozialbranche u.a. durch Biokartoffeln und Pflanzen, die für Kleidung und Ernährung erhalten können wie Lein.

Ja zur Extensivierung landwirtschaftlicher Nutzflächen, nein zur Aufgabe weiterer Höfe und Flächenstilllegung. Flurbereinigung nur auf Wunsch der Betroffenen und unter ökologischen Vorgaben.

Wiederherstellung kleinstrukturierter, vielfältiger Lebensräume mit Biotopverbund.

Die Läden sind dazu zu verpflichten, kurz vor dem Verfall stehende Ware kostenlos abzugeben statt wegzuworfen und auch unförmigere Ware vom Erzeuger anzunehmen.

Jeder bekommt das Recht, nach offensichtlicher Ernteende die sonst verderblichen Lebensmittel (d.h. z.B. Fallobst und angehackte Kartoffeln), aufzusammeln.

Einführung einer Abgabe auf konventionell erzeugtes Fleisch, mit der ökologisch erzeugte pflanzliche Nahrungsmittel verbilligt werden. Die Höhe ist so zu bemessen, dass konventionelles Fleisch so teuer wie Ökofleisch (= mit EU-Ökosiegel versehen oder aus Jagd) wird. Das verringert moderat den Fleischkonsum, so dass die Futtererzeugung aus dem Inland erfolgen kann und Futtertransporte, für die sonst Tropischer Regenwald gefällt würde, entfallen. Konventionelle Milchprodukte und konventionelle Eier werden so verteuert und Ökoeier/Ökomilchprodukte verbilligt, dass die Ökowerke den heutigen Preis der konventionellen bekommen. Diese Abgaben sind aufkommensneutral gestaltet.

Verbot des Anbaus von Bioenergiepflanzen (Ausnahme bäuerliche Eigenversorgung), Zulassung stattdessen für z.B.

Medizinalpflanzen (wie Arnika, Kamille und Salbei), Eier und weitere Biokartoffeln.

Die Verwendung von Produkten von lebenden Tieren und toten Tieren ist zu kennzeichnen, da es Bürgerinnen und Bürger gibt, die Verwendung von Tierprodukten oder zumindest toten Tieren in Nahrungsmitteln und/oder Kleidung ablehnen.

### **6.3. Obst- und Gartenbau**

Die Imkerei wird stärker gefördert, zumal der Obstbau beträchtlich auf die pflanzliche Befruchtung durch die Bienen angewiesen ist.

*Förderung von Streuobstwiesen*

Anstelle landschaftsfressender Landesgartenschauen (abschreckendes Beispiel: Gießen) sind ökologische Vorbildgärten von der öffentlichen Hand anzulegen und private, vorbildliche zu prämiieren, um Gartenbesitzer/innen zu naturnaher, verkehrersparender Eigenerzeugung von insbesondere Nutzpflanzen zur Ernährung zu überzeugen. Förderung von Urban gardening (Vorbild: Andernach)

## **7. Statt Synthetik-Müll - Bekleidung aus Naturprodukten fördern –**

*Wir setzen uns für eine Erhöhung des Anteils von Kleidung aus Naturstoffen ein. Da die Sicherstellung der Bevölkerung mit Nahrung Vorrang hat, sind dies im Wesentlichen Stoffe, die bei der Nahrungsmittelerzeugung anfallen. Darüber hinaus fallen bei der Schädlings- und Krankheitsbekämpfung/Sicherstellung des ökologischen Gleichgewichts im Rahmen der konsequent an ökologische und tierethische Erfordernisse anzupassenden Jagd Tierfelle, bei der Holznutzung z.B. Arboform und bei der Beweidung naturnaher(z.B. Streuobst)wiesen Wolle vom z.B. Rhönschaf an.*

*Wir fordern:*

Das hessische Siegel "Gutes aus Hessen" ist auf den Bekleidungssektor auszudehnen. Dabei müssen für das Biosiegel auch strenge Kriterien bezüglich der Weiterverarbeitung gelten, z.B. sehr strenge Grenzwerte für Stoffe wie Formaldehyd. Dies bewirkt, dass Bauern nicht nur Nahrung, sondern auch Kleidung teurer verkaufen können, wenn diese regional oder sogar Bio ist. Das führt dazu, dass mehr Pflanzen- und Tierzüchter auf Bio umsteigen.

Seide kann kleinräumig gewonnen werden, wenn einige Maulbeerbäume gepflanzt werden, deren Früchte zudem essbar sind.

*Weiter* kommt in Hessen der Förderung von Nessel und Lein Bedeutung zu. Beide sind sowohl essbar (Spinat bzw. Leinöl), haben aber auch Fasern für Kleidung. Stroh kann z.B. für Strohhüte genutzt werden.

Es wird eine Abgabe auf synthetische Kleidung und konventionelle Tierhaltung eingeführt, mit der zum einen Kleidung aus Öko-Pflanzen verbilligt wird, so dass diese auch für Bürgerinnen und Bürger mit kleinerem Geldbeutel erschwinglich wird, und zum anderen Kleidung aus Jagd bzw. Ökotierherzeugung, soweit diese keine Konkurrenz zur pflanzlichen Nahrungsmittelerzeugung darstellt.

Veranstaltung von Designwettbewerben für Naturmode für nach ökologischen Kriterien wie Langlebigkeit, vielseitige Verwendbarkeit (passend zu verschiedenen Anlässen), Modularitätsprinzip (abtrennbare Jacke, Kragen, Rock, Kleid o.ä. von ein und demselben Mantel *führt dazu, dass weniger Kleidungsstücke gekauft werden müssen, damit der Rohstoffbedarf sinkt*).

Anregungen erhalten Kreative durch unsere vielgestaltige Natur- und Kulturlandschaft zu genüge. Generell sollte es das Gebot geben, bei vom Land Hessen geförderten Modeschauen keine magersüchtigen Models einzusetzen. Außerdem ist darauf zu achten, dass nur diejenigen Models hierfür eine Anstellung finden, die auch in ihrem persönlichen Leben eher ein Vorbild sind, so dass die Betrachterinnen und Betrachter von Modeschauen diese nicht in sich als Widerspruch erleben. Auch die Darstellung ist sympathischer zu gestalten, z.B. *auf dem Dorfplatz oder* in der Natur, dabei mit Familie sowie im Freundeskreis statt oft beziehungslos wirkende Laufstege.

## **8. Gesundheit**

Mehr Zeit für Beziehungen und zum Entspannen führt zu weniger Stress und damit weniger stressbedingten Krankheiten. Wer gesund leben möchte, soll gesund leben können.

Eine Änderung der Anbindung der Lärmschutzbeauftragten fort vom Wirtschaftsministerium und hin zum Umweltministerium ergibt mehr Verbraucherschutz.

Für einen guten Verbraucherschutz treten wir dafür ein, eine klare Kennzeichnung der Produkte über Herstellung und Herkunft vorzuschreiben und die Verbraucherschutzorganisationen flächendeckend (nicht nur in Großstädten) zu fördern.

### **8.1. Nichtrauchererschutz**

Wir stehen für einen verstärkten Nichtrauchererschutz nach bayrischem Vorbild (von der ödp per Volksentscheid durchgesetzt). Im öffentlichen Raum ist generell ein Rauchverbot durchzusetzen. Das ausdrückliche Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz ist einführen. In Behörden, öffentlichem Verkehr, Gaststätten etc. muss dafür gesorgt werden, dass Nichtraucher/innen auch nicht indirekt dem Rauchen ausgesetzt werden.

### **8.2. Mobilfunk**

Veröffentlichung aller Mobilfunksender.

Die Anlagen sind baugenehmigungspflichtig zu machen, da Gefahren von ihnen ausgehen.

Die Baupläne sind zu veröffentlichen, um Initiativen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger für mehr Lebensqualität und nachhaltige Wohnqualität ohne Strahlenbelastung starten zu können. Strengere Grenzwerte sind einzuführen und die Forschung über Gefahren ist zu intensivieren. Von besonders sensiblen Bereichen wie Kindergärten und Schulen haben Mobilfunkanlagen einen hohen Sicherheitsabstand zu halten.

### **8.3. Gentechnik**

Ist nur in der Medizin unter Einhaltung ethischer Kriterien einzusetzen, sonst zu verbieten. Dabei darf die Menschenwürde niemals verletzt werden. Jedes Experimentieren mit menschlichen embryonalen Stammzellen und jedes Klonen mit Hilfe solcher Zellen ist uneingeschränkt zu verbieten. Präimplantationsdiagnostik lehnen wir ab, desgleichen auch die „'grüne' Gentechnik“, d.h. Genmanipulation an Pflanzen und Tieren. Keine Weitergabe von Gentechnikdaten an Krankenkassen und Arbeitgeber/innen.

## **9. Kreislaufwirtschaft**

Die im Landesabfallgesetz enthaltene Verpflichtung der Kommunen, ein Abfallkonzept zu erarbeiten, muss nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein, d.h. das Ziel der Kreislaufwirtschaft enthalten. Dies wird neue Deponien überflüssig machen.

Emissions-/Immissionsgesetze sind dem Fortschritt der Erkenntnis der Schädlichkeit von Produkten entsprechend zu verschärfen.

Konsequentes Unschädlichmachen von Altlasten

Einführung einer Sonderabgabe für Sonderabfälle

Favorisierung biologisch-mechanischer Restmüllbehandlung gegenüber der Müllverbrennung.

Keine weiteren Müllverbrennungsanlagen.

Einführung eines Wasserzents, der so zu gestalten ist, daß der Wasserpreis bei sparsamen Haushalten nicht ansteigt und Wassersparen insgesamt gefördert wird.

Einführung einer Förderabgabe beim Abbau von heimischen Massenrohstoffen der Bauindustrie wie Kies, Sand und Gesteinen in Höhe von 10% des Rohstoffwerts, da auch der Abbau mit erheblichen Landschaftseingriffen verbunden ist.

## **10. Kultur und Tourismus**

*Hessen - ein blühendes Waldland -*

Durch die von uns angestrebte höhere Lebensqualität in Hessen wird die Neigung zu Fernreisen abnehmen und Touristinnen und Touristen werden bei uns länger verweilen: Die Verkehrslärmbekämpfung schafft mehr Ruhe. Mehr blühende Obstbäume von Mandeln im März über Kirschen im April und Äpfeln im Mai bis Esskastanien im Juni und ausreichend Zeit, sich auch in wechselhafterem Sommer die Uhrzeit auszusuchen, in der das Wetter freibadtauglich ist, führen dazu, dass weniger nach z.B. Mallorca geflogen wird.

Touristen/Touristinnen werden auch den kostenlosen ÖPNV schätzen.

Informative Darbietungen und ÖPNV-Anbindung zu sehenswerten Naturobjekten in Wald und Flur, um mehr Verständnis für die Natur einerseits zu entwickeln, andererseits Fernreisen teilweise durch Naherholung vor Ort zu ersetzen. In diesem Rahmen sind auch Öko- und Kulturtourismusprogramme unter besonderer Berücksichtigung der Naherholungssuchenden und Anwohner/innen der aufgesuchten Gebiete zu entwickeln. *Dazu gehören auch z.B. mehr „Premiumwanderwege“.*

Denkmalschutz und die übrige Kultur sind nicht nur für die einheimische Bevölkerung, sondern auch für touristische Gäste bedeutend und daher weiterhin zu fördern.

*Die Finanzierung der Kultur wird sichergestellt durch eine Kulturabgabe derjenigen, die weder Kirchensteuer noch mindestens gleich hohe Spenden an gemeinnützige Vereine bezahlen.*

## **11. Familienfreundliche Politik**

Mindestens 1000 Euro Erziehungs- und Pflegegehalt  
Die Familie hat sich als die wohl geeignetste Form des Zusammenlebens bewährt. *Die geleistete Arbeit von Eltern in der Kinderbetreuung und -erziehung ist als Erwerbsarbeit zukünftig anzuerkennen und deshalb zu bezahlen. Die Wahl zwischen Fremdbetreuung und eigener Erziehung zu Hause ist den Eltern zu überlassen (- in einem eventuellen Trennungsfall sollten Vater und Mutter das gleiche Sorge- und Umgangsrecht genießen können). Durch entsprechende finanzielle Unterstützung muss hierzu eine wirkliche Wahlfreiheit eingeführt werden.* Wir sind für eine Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns der Familien und gegen eine staatliche, entmündigende Vereinnahmung.

Das von uns vorgesehene Gehalt wird so konstruiert, dass Eltern unabhängig von der gewählten Betreuungsart (selbst, durch Angehörige, Fachkräfte, Andere) unter Berücksichtigung bereits bestehender Programme mindestens 1000 Euro pro Monat von der Feststellung der Schwangerschaft bis zum vollendeten 7. Lebensjahr erhalten. Ab dem 8. Lebensjahr ist bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres die Hälfte vorgesehen. In entsprechender Weise wird ein Pflegegehalt eingeführt, *mindestens in folgender Höhe: 250 Euro bei Pflegestufe 0, 500*

Euro bei Pflegestufe 1, 750 Euro bei Pflegestufe 2 und 1000 Euro bei Pflegestufe 3.

## **12. Schutz der Ungeborenen- Lebensrecht und Lebenshilfe, bessere Unterstützung für alle schwangeren Frauen**

Die Politik der ÖDP ist geprägt durch das ethische Gebot der Ehrfurcht vor der Schöpfung. Lebensgrundlagen und Leben zu schützen ist für uns Ökologische Demokratinnen und Demokraten daher oberstes politisches Ziel. *Ungeborene Menschen haben den gleichen Wert wie geborene Menschen. Daher kommt Ungeborenen das gleiche Recht auf Leben wie Geborenen zu.* Abtreibung ist ein gesellschaftliches Problem und nicht nur das der einzelnen Frau. Wir alle müssen verstärkt dafür eintreten, daß durch ethisch fundierte und medizinisch-sachliche verantwortliche Aufklärung ungewollte Schwangerschaften *im Vorfeld* verhindert werden und soziale *und/oder finanzielle Konflikte erst gar nicht zu einer Abtreibung führen können.* Deshalb fordern wir:  
 Lebensbefürwortende Erziehung in den Bildungsanstalten zugunsten des Lebensschutzes (auch aber nicht nur das ungeborene Leben betreffend, sondern der gesamten Schöpfung gegenüber), z.B. im Biologie-, Religions-, Ethik- und Gemeinschaftskundeunterricht.  
 Massive seelische, soziale und finanzielle Hilfen für Schwangere (und deren Angehörige) in Not, die ihr Kind bejahen, im Rahmen differenzierter Hilfsmodelle.  
 Der Einbezug der vorgeburtlichen Phase in das Erziehungsgehalt verhindert finanzielle Schwangerschaftskonflikte komplett und ermöglicht den Eltern (z.B. bei Beziehungsproblemen) auch bezahlte Kräfte für friedliche Beseitigung von Streitigkeiten einzuschalten sowie eine Grundausstattung mit Kinderwagen u.ä. Gegenständen.  
 Einführung mehrerer Lebensrechtsbeauftragter, die Kontroll- und Klagerechte erhalten und den Ungeborenen dienen *und*

*Verbesserungsvorschläge zum Schutz Ungeborener ausarbeiten, die Regierung und Öffentlichkeit vorgelegt werden.*  
 Verbot verbrauchender Embryonenforschung, stattdessen adulte Stammzellforschung.  
 Klonverbot in die Verfassung

## **13. Bildungspolitik = wichtigste Investition in unsere Zukunft**

### **13.1. Schule – wertorientierte Bildung und freie Schulwahl -**

Verstärkte Bildung und Forschung im Bereich Umwelt- und Naturschutz, Wechselwirkungen von Mensch und Natur- so auch, dass materielle Bescheidenheit weniger Natur verbraucht und mehr Zeit für Beziehungen ermöglicht. Herauszustellen ist, dass Menschen unabhängig von ihren Handlungen eine unantastbare Menschenwürde besitzen und menschliche Beziehungen nicht hohen materiellen Status oder Karrierestreben voraussetzen dürfen; in diesem Zusammenhang kann auch der besondere Wert der Familie herausgestellt werden.

Praxisnaher Unterricht: Vom Wissen zum Handeln. Stärkung der Verantwortungsbereitschaft junger Menschen. Dazu gehört auch mehr Unterricht in der freien Natur und mehr Wandertage. Förderung von Waldkindergärten, da dieser den kindgerechten Naturbezug fördert.

Erziehungsgehalt statt massiver Förderung der Ganztagsbetreuung. So können Eltern unabhängig entscheiden, wie sie ihr Kind erziehen oder erziehen lassen wollen. Kinder, die in Hessen mit Deutsch als Fremdsprache aufwachsen, müssen frühsprachlich gefördert werden. In „Mutter-Kind-Gruppen“ und vor allem in den Kindergärten sind solche Kinder durch geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen bestmöglich beherrschen. Unterstützend sind kostenlose Deutschkurse für die Eltern („Mama und Papa lernt Deutsch“) anzubieten.

Errichtung von Betriebsreserven als Honorarkräfte in den Kindertagesstätten(Kita-Feuerwehr) in den Kommunen zur Verhinderung von Ausfällen der Erzieher(innen) bedingt durch z.B. Urlaub, Krankheit oder Lehrgänge. Diese Betriebsreserven bestehen aus qualifizierten kinderpädagogischen Honorarkräften, sollen bei personellen Engpässen der Kitas aushelfen und das kinderpädagogische Personal ersetzen. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, in Wohnortnähe auf eine Schule des gegliederten Schulsystems ohne Förderstufe zu gehen (da bei vielen Kindern die Eignung bereits nach dem 4.Schuljahr feststeht), aber auch zu einem breiten Angebot an Schulen in freier Trägerschaft. Dabei haben auch so unterschiedliche Angebote wie kirchliche Schulen, Montessori- und Waldorfschulen ihren Platz. Dazu sind allen Schulen pro Schüler/in dieselben Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Einigung der Kultusminister/innen auf einheitliche Schwierigkeitsgrade des durchzunehmenden Unterrichtsstoffs, um Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zu gewährleisten. Weitestgehende Integration von Behinderten in den normalen Schulalltag.

Beibehaltung von Religion als ordentlichem Unterrichtsfach, indem auch andere Religionen angesprochen, um Angst aus Unkenntnis und Missverständnissen entgegen zu wirken.

Auf ehrenamtliche Tätigkeiten ist im Schulzeugnis verstärkt hinzuweisen.

## **13.2. Hochschule**

Aufstockung der Mittel für Hochschulen als Investition in den Wissenschaftsstandort Hessen

Im Forschungsbereich gibt es zahlreiche zusätzlich zu fördernde Maßnahmen von der Bekämpfung von Krankheiten, die zu selten sind, als dass sie für die Gesundheitsindustrie wirtschaftlich interessant wären bis hin zur besseren elektronischen Kommunikation von Zügen, um Überholvorgänge schneller zu machen und damit den Bau teurer *Neubaustrecken* verringern zu können.

Erhaltung der verschiedenen Schwerpunkte der Hochschultypen: Fachhochschule, Universität, Berufsakademie. Im Gegenzug muss der Wechsel zwischen den einzelnen Typen erleichtert werden, unter anderem durch vereinfachte Anerkennung von Prüfungsleistungen beim Wechsel.

In öffentlichen Einrichtungen und in der Ausbildung darf niemand aufgrund der Verweigerung von Tierversuchen benachteiligt werden.

Technologien mit schwer kalkulierbaren Risiken sind nur in Forschungszentren mit öffentlicher Kontrolle unter entsprechend strengen Auflagen zu erlauben.

Stärkere Mitbestimmung der Studenten in den Hochschulgremien und mehr Kontrolle / Offenlegung von Drittmitteln, um mögliche Interessenskonflikte deutlich zu machen.

## **14. Mehr Demokratie zulassen und die Bürgerbeteiligung *stärken und fördern***

Die Demokratie in Hessen ist weiterzuentwickeln und muss an die immer besser informierten und mündigeren Bürger unseres Landes angepasst werden. Die Bürger können durch die gewonnene Zeit sich mehr mit politischen Fragen beschäftigen und sind kompetenter für Volksentscheide. Stärkung von Elementen direkter Demokratie, d.h. Erleichterung von Volksbegehren und Volksabstimmungen, unrealistisch hohe Mindestquoten müssen deutlich gesenkt werden, beispielsweise auf 5% für Volksbegehren- wie von „Mehr Demokratie“ gefordert. Um unabhängig zu sein, dürfen Abgeordnete, Beamte, Minister keine bezahlten Aufsichtsratsposten, Beraterverträge und ähnliche Verpflichtungen und Tätigkeiten

in der Wirtschaft übernehmen. Darüber hinaus müssen Abgeordnete wie Beamte, die sich durch die Annahme von Geld- und Sachzuwendungen von juristische Personen (Betriebe) „bestechen“ lassen, bestraft werden. Das stoppt die Käuflichkeit von Politikern („Korruption“).

*Konzern-/Firmenspenden an Parteien sind zu verbieten. Ebenso fordern wir, dass jeder Politiker seine Nebeneinkünfte offen zu legen hat. Politikverdrossenheit, Wahlmüdigkeit und Desinteresse sind Anzeichen für den schlechten Zustand unserer Demokratie. Doch unsere Gemeinschaft lebt gerade von der aktiven Mitwirkung aller Bürger. Deshalb macht sich die ÖDP gerade stark für diese drei Säulen der Demokratie: Die repräsentative oder auch parlamentarische Demokratie, die direkte Demokratie (Bürgerbegehren und Volksentscheide) und die partizipative Demokratie (permanente Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen wie Lokale Agenda 21 und Bürgerhaushalte). Vor allem sollte aber die direkte Demokratie gestärkt werden. Es ist schon bedenklich wie wenig Bürgerbegehren in Hessen erfolgreich sind.*

*Konkret sollte daher die hessische Gemeindeordnung so geändert werden, dass die Frist bei kassatorischen Bürgerbegehren auf 1 Jahr verlängert wird und nur dann gilt, wenn der jeweilige Parlamentsbeschluss hinreichend bekannt gemacht wurde.*

*Nach Einreichung der Unterstützungsunterschriften sind diese immer auszuzählen.*

*Ein Bürgerentscheid ist bei erreichter Unterschriftenzahl dann immer durchzuführen.*

*Die zu hohen Quoren sind allgemein zu senken.*

*Die hohen Hürden für einen erfolgreichen Bürgerentscheid werden entsprechend der letzten Wahlbeteiligung so korrigiert, dass es nicht zu dem bedenklichen Ergebnis kommen kann, dass es für einen erfolgreichen Bürgerentscheid mehr Bürger zur Wahl gehen müssen als bei der letzten Kommunalwahl teilgenommen hatten.*

Das föderative Prinzip ist zu stärken, der Bund und die EU haben nur das zu entscheiden, wo die Länder zu inkompetent sind, die Länder und Kommunen müssen verstärkt das Recht auf eigene Steuererhebungen erhalten.

Keine Kürzung der Bürgerbeteiligungen.

Verbandsklagerechte für alle gemeinnützig anerkannten Vereine für ihr Aufgabengebiet.

Abschaffung der 5%- Hürde bei der hessischen Landtagswahl. Solange die Hürde noch besteht: Alternativstimmensystem, bei dem der Wähler zusätzlich weitere Partei ankreuzen kann, diese Stimme gilt, falls die erste Partei nicht über 5% kommt.

Die ÖDP setzt sich für ein aktives Wahlrecht ab 14 Jahren ein, wobei das Wahlrecht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres dem Jugendlichen auf Antrag gewährt wird. Hier ist normalerweise die ethische Kompetenz durch Bildung zusätzlich zum Elternhaus und zur Schule in Konfirmanden- oder Firmunterricht erfolgt und andererseits fühlen sich Jugendliche in sozialen Netzwerken so zuhause, , dass sie Online-Petitionen z.T. bereits mitzeichnen. Auch gelten Jugendliche mit 14 Jahren bereits als teilweise strafmündig.

Ermöglichung der Durchführungen von Listenverbindungen bei Landtagswahlen.

Einrichtung eines Parlaments und Wahl zum Nachfolger des Umlandverbands Frankfurt, dem Regionalverband Frankfurt Rhein/Main.

Stärkung des Ehrenamts durch Kostenübernahmen

·  
Einführung eines „Informationsfreiheitsgesetzes“, damit alle Bürger Einsicht in Akten der Landes- und Kommunalverwaltungen erhalten können und das transparente Politik ermöglicht.

Abbau von Mehrfachzuständigkeiten in der Verwaltung führt zu effizienterer, zeitnaher Umsetzung politischer Beschlüsse und Einsparung von Geld sowie mehr Transparenz.

Reduzierung von Staatssekretär-Posten und politischen Stabstellen in den Ministerien, dafür Schaffung von Bürgerbeauftragten.

Mehr Bürgernähe der Verwaltung durch Bürgerbeauftragte

## **15. Arbeitszeit verkürzen - verkrustete Strukturen aufbrechen –**

Arbeitszeitverkürzung auch ohne Lohnausgleich, auch bei Führungskräften. Das bewirkt andere Führungskultur, mehr Rücksichtnahme auf Mitarbeiter, die Kinder/Pflegedürftige haben, ehrenamtlich tätig oder behindert sind- oder auch nur andere worklifebalance-Vorstellungen haben (und einen höheren Frauenanteil ganz ohne Quote). Ursache: Mehr Eltern in Teilzeit, die wegen ihrer Kinder eher langfristig planen und Wirtschaftsentscheidungen treffen. Das Land übt hier per Auftragsvergabe und Info über klassische und neue Medien Druck auf die Wirtschaft aus und besetzt auch die Posten der Minister im Jobsharingverfahren mit je 2 Personen. Das Amt des Ministerpräsidenten selbst wird auf 3 Leute verteilt. Das Land wird so zum Vorbild, beweist, daß Führung so funktioniert. Prinzipiell gibt es dabei 2 verschiedene mögliche Varianten: Aufteilung der Aufgabengebiete auf 2(3) Personen mit jeweiliger Eigenverantwortung oder gemeinsame Bearbeitung. Ausreichend verkürzte Arbeitszeit bewirkt, dass trotz Produktivitätssteigerung und niedrigeren Bruttoinlandsprodukts die Arbeitslosigkeit gegen Null gehen wird.

Lockerung des starren Flächentarifvertragssystems

Das Erziehungsgehalt reduziert die Erwerbstätigkeit von Eltern auf ein gesundes Maß und verringert damit das Arbeitskräfteüberangebot weiter.

Strukturelle Arbeitsmarktänderungen: In der Auto- und Chemiebranche kommt es zu Entlassungen, da nicht durch Arbeitszeitverkürzung sinnvoll voll auffangbar. Dafür können die dort oft technisch begabten Mitarbeiter neue Verwendung finden, z.B. in der IT-Branche und der erneuerbare Energienbranche.

*Das Leben ist nicht nur zum Shoppen da. Unsere Gesellschaft besteht nicht zuerst allein aus Konsum und Kommerz. Der*

*arbeitsfreie Sonntag ist ein Wert an sich. Die Sonn- und Feiertage als reguläre arbeitsfreie Tage dienen allen: den Beschäftigten im Einzelhandel, den Familien, den Anwohnern, kleineren und mittleren Betrieben, den Vereinen und Gemeinden also schlichtweg unserer Gesellschaft. Die Sonntagsöffnung der Geschäfte wird daher im Interesse der Beschäftigten (z.B. Verwandten- und Gottesdienstbesuche) wieder auf das Ausmaß vor der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zurückgeführt (Reisebedarf u.ä.).*

## **16. Einfach leben können - ohne viel Geld –**

Durch unsere Maßnahmen, die dazu führen, dass das Leben mit geringerem Finanzaufwand finanzierbar ist, wird es möglich, mit wesentlich weniger Geld als heute auszukommen- egal, ob man einfach leben möchte oder dies z.B. als Hartz IV-Empfänger muss:

Kostenloses Obst direkt aus dem Wald und kurz vor Ablaufdatum aus dem Laden.

Die Schulen sind am Wochenende und in den Ferien mit Klappbetten in einigen Turnhallen und Unterrichtsräumen auszustatten für kostenlose Übernachtungen. Das ermöglicht in Verbund mit der Freifahrt im ÖPNV allen, die es sich sonst nicht finanziell leisten können oder wollen, Urlaub hessenweit zu machen.

Das Sozialwesen wie auch die übrigen Behörden sind zu entbürokratisieren und überschaubarer zu machen. Eingesparte Gelder können dann in die praktische Sozialarbeit, Armutsbekämpfung gehen. Kürzungen bei der Armutsbekämpfung sind sozialetisch nicht vertretbar, weil Hessen trotz knapperer Wirtschaftslage weiterhin ein wohlhabendes Land ist. Sozial Schwachen soll eine auf sie persönlich zugeschnittene Hilfe gewährt werden (Subjektförderung).

## **17. Innere Sicherheit - damit wir alle sicher leben können –**

Wiedereinrichtung kleinerer Polizeiwachen für mehr Bürgernähe,

Zulagen für Diensterschwernisse.

Verbesserter Opfer- und Zeugenschutz.

Eine Verschärfung der Bekämpfung von Menschenhandel, Wirtschaftskriminalität, unerlaubten Waffen-, Drogenbesitzes und Internetkriminalität sowie Handel mit radioaktiven Materials und Vorläuferprodukten für ABC-Waffen, organisierter Kriminalität, Korruption und Schwarzgeldkriminalität.

Verstärkte Überwachung und Ahndung von

Tempoüberschreitungen von Autos, aggressiven Fahren und mehr LKW-Kontrollen, denn der Straßenverkehr fordert jährlich hunderte Todesopfer in Hessen.

Abgeordnetenbestechung muss massiver bestraft werden.

Verbot von Firmenspenden an Parteien.

Offenlegung der Parteieneinnahmen.

Prüfung von Großfirmen auf Spendeneinflüsse an Parteien, auch für indirekte Wege über Drittpartner und Tochterunternehmen, die inzwischen oft zur Verschleierung genutzt werden.

Erhöhung der Bußgelder für Straftäter zur Finanzierung der Inneren Sicherheit und Opferhilfe nach dem Verursacherprinzip durch eine Polizei- und Justizabgabe, bringt 1-2 Mrd. Euro jährlich.

Einstellung von uniformierten Hilfspolizisten in den Kommunen, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen und Kriminelle vor Straftaten abzuschrecken

Verfassungsschutz beobachtet weiterhin Verfassungsfeinde, z.B. Salafisten.

Unsere Verkehrs- und Energiepolitik führt in Verbund mit unserer Umsteuerung von Plastikkleidung zu mehr

Naturkleidung zu einem gewaltigen Rückgang des Ölkonsums,

damit dem Austrocknen der Finanzierungsgrundlage (oft saudi-arabisches Ölgeld) extremistischer Koranschulen. Viele Unternehmen machen geplante Obsoleszenz, d.h., bauen ihre Produkte wie Drucker und Kopierer bewusst so, dass sie vorzeitig kaputtgehen. Dies ist massiv zu bekämpfen- per Anklage. Wo Absicht nicht nachweisbar ist, erfolgt erst eine kostenlose Abmahnung mit Anordnung, das Produkt abzuändern. Wo dies nicht erfolgt, geht es zum Gericht. Patente sind wichtig, aber Downloads der Normalbürger vor übermäßigen Zugriffen von Abmahnbüros zu schützen - z.B., indem illegale Inhalte einfach technisch nicht downloadbar gemacht werden. Die Stromkonzerne bekommen die Auflage, ihr Netz gegen Elektromagnetische Impulse wie Stromnetzstörungen durch Sonnenstürme aus dem All oder Terroristen abzusichern.

## **18. Nein zur Gewalt in den Medien**

Abschaffung der gewaltverherrlichenden und pornografischen Darstellungen in den Medien.  
Mobbing, auch Cybermobbing, ist effektiver zu bekämpfen.

## **19. Wirtschaft - ökonomische Nachhaltigkeit –**

Unser Leitbild ist eine Marktwirtschaft, Die Werte respektiert und fairem Handel Vorrang vor Gewinnmaximierung einräumt. Die Wirtschaft ist nicht nur kommerziellen Erfolg, sondern auch

den Geboten der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung verpflichtet, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten. Wir treten für eine umfassende, schrittweise Steuerreform für Arbeit und Umwelt ein. Die extrem hohen Abgaben und Steuern auf legale Arbeitsstunden sind ökologisch und ökonomisch unsinnig. Arbeit ist zu entlasten und Energie- und Rohstoffverbrauch sind zu belasten. Damit wird legale Arbeit bezahlbar und Schwarzarbeit weniger attraktiv. Vor allem Dienstleistungen (Pflege, Krankenhaus, Kindergarten), aber auch Forschung und Entwicklung erhalten Auftrieb. Gleichzeitig entstehen Anreize zur Energieeinsparung.

Verstärkte Unterstützung kreativer Ideen, durch z.B. die Übernahme von Patentkosten bei finanziell schwachen Erfindern Kleinbetriebe und Mittelstand als Hauptinvestoren fördern.  
*Entwicklung eines Programms „Effizientes Handwerk“: Heute kostet ohne Mehrwertsteuer die Handwerksgelesenstunde ca. 44 Euro (Materialkosten gehen extra), das Gehalt beträgt aber nur etwa 1/3 davon.*

*Zudem ist der hessische Paragraphendschungel zwecks niedrigerer Bürokratiekosten zu lichten.*

Nahezu sämtlichen Kleinunternehmern und der mittelständischen Wirtschaft, ist über Landesbürgschaften zu billigen Krediten (Niveau der Landesdarlehen) zu verhelfen. Ausnahme: Unternehmen, die ethisch besonders problematische Produkte erzeugen oder völlig unsolide wirtschaften.

Existenzgründern ist pro eingesetztem Eigenkapital mit einem in der Höhe davon proportional abhängigen zinslosen oder zinsgünstigen (max. Höhe: Inflationsrate) Landesdarlehen zu helfen, das sichert zudem eine gewisse Eigenkapitalquote. Bezüglich der Solidität sind bei innovativen Unternehmen großzügigere Maßstäbe anzusetzen als bei Unternehmen in Traditionsbereichen. Die Ausfälle dürften durch die Mehreinnahmen aufgrund geretteter Unternehmen mindestens kompensiert werden. Dies ist die eigentliche Aufgabe der Banken, die diese zur Zeit aber nicht ausreichend ausführen. Bei Wirtschaftsförderungen sind besonders die strukturschwachen Gebiete, d.h. Nord- und Mittelhessen sowie

die ländlichen Räume, zu berücksichtigen, außerdem insbesondere umweltfreundlich produzierende Betriebe. Initiativen zur kreisübergreifenden Zusammenarbeit, auch in der Wirtschaftsförderung (z.B. Marburg / Gießen / Wetzlar / Weilburg)

Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe in strukturschwachen Regionen (mit einer hohen Arbeitslosigkeit, geringen Kaufkraft und hoher Verschuldung) in Hessen u.a. durch die Einführung von Regionalgeld als Währung, die nur in der Region gültig ist. Umgesetzt wird dies mit einem Regionalgeld als Gutschein (Tauschmittel), der vor Ort bleibt und die lokale Wirtschaft belebt, denn er ergänzt das sich langsam vom Markt zurückziehende Geld (Deflation). Mit dem Geld-Gutschein haben die Bürger unmittelbar Einfluss auf den Wirtschaftskreislauf von Stadt und Umland.

Die weitere Privatisierung der öffentlichen Krankenvorsorge wird nur noch erlaubt, wenn die Privatklinik die gleichen Leistungen ohne zusätzliche Belastungen für Patienten und Angestellte erbringt.

Die Hilfe des Bundes und des Landes für Entwicklungsländer ist in Zusammenarbeit mit effizient arbeitenden Hilfsorganisationen auszubauen.

Die geplante Einführung der Finanztransaktionssteuer und höhere Eigenkapitalquoten bei Banken begrüßen wir, denn es wird die Kurzfristspekulation zurückgehen und das Finanzsystem stabiler, was auch für den Bankenstandort Frankfurt vorteilhaft ist. Weniger häufiger Kapitalhandel bedeutet letztlich, dass Arbeitszeitverkürzungen im Finanzsektor möglich werden ohne dass die zu verwaltende Gesamtgeldmenge abnimmt.

Die steuerliche Absetzungsfähigkeit für Werbung für kommerzielle Produkte wird abgeschafft, um ein unnötiges Anheizen des Konsums zu unterbinden.

## **20. Für eine schuldenfreie Zukunft - ja zu ausgeglichenem Landeshaushalt -**

Wir setzen uns für den Erhalt der Lebensgrundlagen, für ein nachhaltiges Wirtschaften und eine Stärkung der Gemeinschaft ein.

Es muss zusätzlich auch dann als Nettokreditaufnahme gelten, wenn das Land Mittel vom Vermögenshaushalt dem Verwaltungshaushalt zuführt, d.h. Besitz verkauft zugunsten von Konsum. Bei Vermögenswerten dürfen keine zu niedrigen Abschreibungen vorgenommen werden.

Das Haushaltsdefizit des Landes ist durch folgende Maßnahmen auf Null abzubauen:

Der Länderfinanzausgleich muss neu geordnet werden, da in den letzten Jahrzehnten zig Milliarden Euro des Landeshaushalts in die ärmeren Bundesländer geflossen sind. Das ist viel zu viel. Solidarität ist uns wichtig, jedoch in angemessener Höhe. Übernahme der Altschulden der Länder im Rahmen der Wiedervereinigungskosten durch den Bund oder die EU, da es sich bei der Überwindung der kommunistischen Misswirtschaft um ein überregionales, internationales Problem handelt. Dessen Folgen lassen sich daran ablesen, dass Hessen über 40 Milliarden Euro Schulden hat, der Länderfinanzausgleich seit der Wiedervereinigung bereits ohne andere Abgaben(z.B. des Solis der Bürger!) diese Größe erreicht und die Wettbewerbsfähigkeit Hessen, damit auch zukünftige Steuereinnahmen durch Investitionsstau, massiv behindert.

Konsequentes Vorgehen gegen Produktpiraterie und ausländisches Öko- und Sozialdumping, um faire Chancen für die hessische Wirtschaft zu eröffnen

Wir wollen auf die Finanzierung von Prestigeobjekten generell zu verzichten.

Nullrunde für Landtagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende, Minister, politische Beamte u.ä.. Deutliche Senkung Ihrer Rentenansprüche - der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er dem Bürger oder der Wirtschaft etwas abverlangt.

Festpreise bei der Vergabe von Bauvorhaben verhindern Preisexplosionen wie Stuttgart 21 oder Berliner Flughafen. Unsere Maßnahmen, insbesondere die Abkehr von der Massenautomotorisierung, führen zur Einsparung erheblicher externer Kosten. Im Bereich des Verkehrs können etwa 5 Milliarden Euro eingespart jährlich werden. Von diesem Geld greift das Land durch geeignete Abgaben im nötigen Umfang Geld ab. Auch die Wirtschaft spart Geld, z.B. durch die viel leereren Straßen sinken die Staukosten. Das erleichtert zusätzliche Abgaben der Wirtschaft:

Kinder, Bildung und Forschung sind wichtig für die Zukunft des Standorts Hessen. Daher wird die Wirtschaft mit einer Forschungs- und Bildungsabgabe zu einer Mitfinanzierung von 1 Mrd. Euro jährlich zusätzlich für neue Forschung und 3 Mrd. zugunsten der bestehenden Bildungs-, Hochschul- und Forschungsetats herangezogen. Das entspricht einer zusätzlichen Belastung von etwa 2% des Bruttoinlandsprodukts. Bemessungsgrundlage sind die Lohnsummen des Unternehmens oberhalb von 2500 Euro/Monat (was als positiver „Neben“-effekt nach den Gesetzen des Marktes dazu führen wird, dass Teilzeitarbeit im Führungsbereich ausgeweitet wird mit anderer Führungskultur, da dann sich auch Leute mit anderen Worklifebalancewünschen und welche mit Kindern / Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen bewerben werden, die dann langfristiger entscheiden statt Kurzfristspekulation). Dabei gilt ein progressiver Tarif ähnlich wie das auch bei der Einkommensteuer der Fall ist.

Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Schattenwirtschaft- in Hessen sind hier bis zu 7 Milliarden Euro jährlich gewinnbar.

Antizyklische Politik besteht darin, in Jahren wirtschaftlich eher mäßigen Bedingungen auf gar zu große Kürzungen zu verzichten, während in fetteren Jahren auf die Rücklagenbildung großer Wert zu legen ist.

**So wählen, dass Zukunft bleibt!**

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Bei Fragen: Arnd Lepère, Hügelstraße 17, 35398 Gießen,  
[arnd.lepere@oedp.de](mailto:arnd.lepere@oedp.de)